

Aufgabenkritik ist überfällig

Zu den Vorschlägen des Wirtschaftsrates Deutschland, zukünftig alle Gesetze, die kommunale Zuständigkeiten berühren, mit einer Aufgabenentlastung zu verbinden, erklärt **PD Dr. Sönke E. Schulz**, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages: *„Ich teile nicht die Grundannahme, dass wir vor einem ‚kommunalen Staatsversagen‘ stehen. Gerade die Kommunalverwaltungen haben in vergangenen und aktuellen Krisen ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und genießen daher zu Recht großes Vertrauen bei der Bevölkerung“*. Die Vorschläge des Wirtschaftsrates wiesen aber in die richtige Richtung: *„Eine Diskussion, wie und welche Aufgaben von der öffentlichen Verwaltung in den nächsten Jahren angesichts des Fachkräftemangels erfüllt werden können, ist längst überfällig.“*

Nach einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung PwC fehlen im Jahr 2030 in der öffentlichen Verwaltung ca. 1 Millionen Fachkräfte – wenn keine geeigneten Gegenmaßnahmen ergriffen würden (Quelle: <https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/fachkraeftemangel-im-oeffentlichen-sektor.html>).

„Wir können es uns nicht leisten, immer neue Aufgaben zu übernehmen, sondern sollten uns auf unsere Kernaufgaben konzentrieren. Das gilt für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen“, so Schulz mit Blick auf den Fachkräftemangel. Neben der Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Bewerberinnen und Bewerber fordere der Schleswig-Holsteinische Landkreistag seit längerem eine echte Aufgabenkritik. Dabei müssten Aufgabenreduktion und Standardabsenkungen im Mittelpunkt stehen. *„Wir erleben aber leider das Gegenteil: nicht nur ständig neue Aufgaben von Bund und Land, sondern zum Teil auch Anforderungen, die sich im Vollzug überhaupt nicht darstellen lassen.“* Die kurzfristige Ausweitung der Wohngeldberechtigung zeige dies exemplarisch.

Erst in einem zweiten Schritt könne man dann prüfen, wie und bei welcher Ebene die Aufgaben richtig erfüllt werden. *„Hier müssen Digitalisierung und Kooperation ansetzen. Alle Aufgaben, die digitalisierbar und automatisierbar sind, müssen auch digitalisiert werden.“* Nur so ließen sich die erforderlichen Fachkräfte für beratungsintensive Aufgaben, zum Beispiel im sozialen Bereich, organisieren. Keinesfalls sei die „Hochzonung“ von Aufgaben, also die Ansiedlung bei der Landesverwaltung oder gar die Schaffung neuer Landesämter der richtige Weg. *„Die Kommunen sind immer ‚dicht am Bürger‘, und wollen dies auch zukünftig bleiben.“*

Die gemeinsame kommunale Wahrnehmung von Aufgaben im Sinne einer Kooperation ist gegenüber der Hochzonung auf das Land bzw. auf Landesämter vorzugswürdig, da kommunale Einflussnahme auf die Aufgabenwahrnehmung gesichert bleibt und regional angepasste Lösungen gefunden werden. Viele erfolgreiche Beispiele der Kreise in Schleswig-Holstein zeigen, wie dies gehen kann.

Schulz abschließend: *„Die Möglichkeiten von Digitalisierung und Kooperation sind aber begrenzt. Ohne Aufgabenkritik und Funktionalreform wird es nicht gehen. Umso erschreckender die Erkenntnis, dass unsere Landesregierung davon offensichtlich nichts wissen will: Digitalisierung wird im Koalitionsvertrag 371x erwähnt, Fachkräftemangel 90x, die (interkommunale) Zusammenarbeit immerhin 4x, Aufgabenkritik und Funktionalreform: Fehlanzeige!“*